



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.01.2022
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	19:48 Uhr
Raum, Ort:	digital

Anwesend

Vorsitzende/r
Hinrich Rocke

Mitglied

Benjamin Gau

Katharina Horn

bis 18:59 Uhr

Ibrahim Al Najjar

Dr. Christine Fast

Robert Gabel

Tom Lichtenthäler

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Daniel Seiffert

ab 18:15 Uhr

Birgit Socher

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Dr. Jörg Valentin

Anica Jeske

Vertretung für: Katja Wolter

Ingo Ziola

Protokollant/in

Astrid Jarling

Abwesend

Mitglied

Sven Krauel

abwesend

Katja Wolter

entschuldigt

Verwaltung:

Carolin Felber
Fabian Feldt
Tobias Schreiber
Steffen Winckler

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.09.2021
- 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2021
- 5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 6 Informationen zum Thema Digitalisierung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 9 Beschlusskontrolle
- 10 Beratung der Beschlussvorlagen
- 10.1 Wahlwerbung limitieren BV-P-ö/07/0177
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion
- 10.1.1 Änderungsantrag BV-P-ö/07/0177-01
Wahlwerbung limitieren
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0177
Robert Gabel, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
- 10.2 Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch BV-P-ö/07/0181
Robert Gabel, Anja Hübner
- 10.3 Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft BV-P-ö/07/0179-01
CDU-Fraktion
- 11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses
- 12 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Rocke eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist auf die technischen Gegebenheiten hin.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es gibt einen Änderungsantrag BV-P-ö/07/0177-01 „Änderungsantrag Wahlwerbung limitieren Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0177“ von Robert Gabel, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ → Einordnung als TOP 10.1.1.

Außerdem gibt es eine inhaltsgleiche neue nachträgliche Vorlage BV-P-ö/07/0181 „Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch“ von Robert Gabel, Anja Hübner → Einordnung als TOP 10.2 (Abstimmung 11/0/2).

Die Nummerierung verschiebt sich folglich, sodass die bestehende Vorlage BV-P-ö/07/0179-01 „Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft“ von der CDU-Fraktion als TOP 10.3 behandelt wird.

Die Abstimmung über gesamt geänderte Tagesordnung folgt:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	2

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.09.2021

Die Niederschrift vom 29.09.2021 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	0	2

4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2021

Die Niederschrift vom 24.11.2021 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	0	2

5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

6 Informationen zum Thema Digitalisierung

Frau Felber, Digitalisierungsmanagerin der UHGW, informiert zum Thema Digitalisierung.

1. Aktualisierung des Maßnahmenplanes „Digitalisierung“ auf der Homepage der UHGW unter der Rubrik „Verwaltung und Politik“ → [Digitalisierung \(greifswald.de\)](https://www.greifswald.de)
2. Abfrage an die Fraktionsvorsitzenden zur Mitarbeit bei der AG „Greifswald digital und online“

Herr Richter fragt an, ob eine Digitalisierung für den Umtausch der Führerscheine vorgesehen ist?

Herr Winckler merkt an, dass das Antragsverfahren für den Umtausch der Führerscheine eine persönliche Vorsprache voraussetzt.

7 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Feldt (Abteilung Wirtschaft und Tourismus) informiert über folgende Themen:

1. Übergabe des Fördermittelbescheides durch Minister Pegel an die GMG zur „Digitalisierung Innenstadt“ über eine Gesamtfördersumme in Höhe von 475 TEUR
2. Bericht über den aktuellen Stand zum Bau des Zentrums für Life Science und Plasmatechnologie → [Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie \(greifswald.de\)](https://www.greifswald.de). Bauliche Fertigstellung ist im August 2022 geplant
3. Bericht über die derzeitige Gewerbesteuer nach Branchen (Anlage 1 und 2)

Anlage 1 Gewerbesteuervorauszahlungen 2019-2021 öffentlich

Anlage 2 Branchenschlüssel öffentlich

8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

keine

9 Beschlusskontrolle

keine

10 Beratung der Beschlussvorlagen

10.1 Wahlwerbung limitieren

BV-P-ö/07/0177

Die Tagesordnungspunkte 10.1 - 10.2 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmung der Tagesordnungspunkte erfolgt separat.

Frau Horn und Herr Gabel bringen die Vorlagen ein.
Frau Prof. Dr. Tolani merkt an, dass beide Anträge auf eine verfassungsrechtlich unzulässige Beschränkung des Wahlrechtes hinauslaufen. Der Verteilungsmechanismus wird angezweifelt. Das Anbringen von Wahlplakaten ist bereits in der Stadt in Kreuzungsbereichen, an Verkehrszeichen und im Geltungsbereich der Gestaltungssatzung Innenstadt untersagt. Sie spricht sich gegen die Vorlagen aus und wird ggf. die Meinung des Landesverfassungsgerichtes einholen.

Eine zu starke Reglementierung der Wahlwerbung durch Wahlplakate kann auch nach der juristischen Auffassung von Herrn Rocke zu verfassungsrechtlichen Problemen führen, dies aber mehr bei der Landrats- und Oberbürgermeisterwahl, da dies die zentrale Möglichkeit ist, auf sich aufmerksam zu machen. Bei überörtlichen Wahlen fallen die Plakate aufgrund u.a. der Rundfunkwerbung weniger ins Gewicht, der Grundrechtseingriff ist daher geringer. Einen Regelungsbedarf wegen des Wildwuchses an Plakaten sehe Herr Rocke aber grundsätzlich auch.

Herr Lichtenthäler befürwortet die Vorlagen mit dem Hinweis, dass der Punkt 5 im Änderungsantrag konkretisiert werden muss und die Plakatierung in der Innenstadt ausgeweitet werden sollte.

Frau Socher gab den Hinweis, dass in anderen Gemeinden die Wahlplakate mit Aufklebern versehen werden.

Frau Socher fragt an, wie die Kontrolle erfolgen soll?

Herr Schreiber merkt an, dass laut Rechtsprechung eine Beschränkung von Wahlwerbung möglich ist. Eine rechtssichere Lösung wird es nicht geben, da sie immer einzelfallbezogen ist

Er gab weitere Hinweise:

- Reduzierung der Wahlwerbung bindet enorme Personalkapazitäten in der Verwaltung
- Flächendeckende Kontrollen können nicht gewährleistet werden
- Beschränkung auf 200 Plakate (Punkt 1 der Beschlussvorlage) birgt verfassungsrechtliche Hürde
- Einbringer der Vorlagen sollen konkretes Konzept mit einer Staffelung entwerfen
- Prinzip der Chancengleichheit muss beachtet werden
- Regelung 5 zum Museumshafen:
 - Nicht sicher, ob die Regelung gerichtsfest wäre

- o Empfehlung: Zulassen der Wahlwerbung am Hansering, dann sollte die Beschränkung haltbar sein
- Von den 1.700 für Wahlwerbung geeigneten Masten könnten pro Partei ca. 570 verwendet werden bei der zuvor vorgeschlagenen Regelung, dass jeder dritte Mast von einer Partei plakatiert werden darf.
- Beschluss bis 04.04.2022 zeitlich nicht umsetzbar (Änderung der Sondernutzungssatzung, Erarbeitung eines Verfahrens zur Berechnung der einzelnen Kontingente)
- Die kommende Oberbürgermeisterwahl nicht mit einbeziehen
- Drittelung der angegebenen Anzahl wird nicht befürwortet.
- Unterschied zwischen Wahlbewerber und Wahlvorschlagsträgerin nach § 15 KWG ist noch in rechtlicher Prüfung

Herr Prof. Dr. Münzenberg merkt an, die Vorlage zu überarbeiten und es sollte ein Gemeinschaftsvorschlag werden.

Herr Rocke gibt zu bedenken, in dieser Sitzung eine Abstimmung herbeizuführen und möchte sich in der Funktion des Ausschussvorsitzenden an der Überarbeitung der Beschlussvorlage beteiligen.

Herr Ziola stimmt diesen Antrag nicht zu.

Herr Gabel gibt folgende Anmerkungen:

- Die kommende Wahl des Oberbürgermeisters nicht einbeziehen
- Standorte für Stellflächen/Bauzäune sind reichlich in der Innenstadt vorhanden
- Mindestanzahl sollte überdacht werden
- Die Verbotszonen sollten nicht soweit ausgedehnt werden
- Begrüßt eine Einigkeit zwischen den Fraktionen
- Juristische Prüfung sollte noch abgewartet werden

Herr Seiffert merkt an, eine Staffelung nicht in Erwägung zu ziehen, sondern eine einheitliche Anzahl an Plakaten festzulegen.
Es sollte heute eine Klärung herbeigeführt werden, die kommende Oberbürgermeisterwahl nicht mit einzubeziehen.

Herr Schreiber gibt den Hinweis, dass das Wort „Doppelplakat“ näher definiert wird.

Herr Gabel merkt an, dass die Vor- und Rückseite gemeint ist.

Über die BS-Vorlagen wird nicht abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

nicht abgestimmt

10.1.1 Änderungsantrag

Wahlwerbung limitieren

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0177

**BV-P-ö/07/0177-
01**

siehe TOP 10.1

Abstimmungsergebnis:

nicht abgestimmt

10.2 Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch BV-P-ö/07/0181

siehe TOP 10.1

Abstimmungsergebnis:

nicht abgestimmt

10.3 Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft BV-P-ö/07/0179-01

Frau Prof. Dr. Tolani bringt die Vorlage ein.

Folgende Punkte werden zur Diskussion gestellt:

1. Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für Gaststätten mit Außengastronomie für das Jahr 2022
2. Aussetzung der Erhebung der Vergnügungssteuer für Veranstaltungen für das Jahr 2022
3. Beantragung des Erlasses der Standgebühren für das Jahr 2021 für die Schausteller des Greifswalder Weihnachtsmarktes beim Veranstalter und ggf. Kostenübernahme durch die UHGW

Herr Rocke fragt zu Punkt 3 an, wenn ein Schausteller nicht aus Greifswald kommt, ist es dann Aufgabe der Stadt Greifswald, diese zu fördern?

Frau Socher unterstützt den Inhalt der Punkte 1 und 2. Zu Punkt 3 merkt Frau Socher an, dass beim Bundes- und Landesamt Förderungen beantragt werden können. Es wurden von den Schaustellern größtenteils beim Bundesamt Fördermittel beantragt. Es sollte das Problem der Doppelförderung Beachtung finden und bittet um nochmalige Prüfung.

Herr Ziola merkt an, die Schausteller zu unterstützen, sofern sie keine anderen Förderungen erhalten haben.

Die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für Gaststätten mit Außengastronomie wird von Herrn Ziola befürwortet.

Frau Socher schlägt vor, die Punkte einzeln abzustimmen.

Frau Prof. Dr. Tolani möchte das Maßnahmenpaket gemeinsam abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	1

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

keine

12 Ende der Sitzung

Herr Rocke beendet die Sitzung um 19:48 Uhr.

Vorsitz:

Protokollant/in:

Hinrich Rocke

Astrid Jarling